KIEL INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT

KIEL

POLICY BRIEF

Johannes Binder, Moritz Schularick

Was kostet es, die Ukraine nicht zu unterstützen?

No. 179 | November 2024

Kiel Institut für Weltwirtschaft
ISSN 2195–7525

Leibniz Gemeinschaft

Überblick

- At 0.1% of GDP, German average annual military support for Ukraine since the beginning remains small relative to the size of the German economy and small also compared to previous German support during wars of self-defense (f.i., during the first Gulf War in 1990-1991).
- A Russian victory in Ukraine would lead to substantially higher costs for Germany via (i) increased military spending, (ii) additional refugees, and (iii) the loss of trade and investment with Ukraine. For Germany, we estimate costs of 1% to 2% of GDP annually, about 10-20 times higher than current military support levels.
- Given the costs, it is in the German economic self interest to maintain and even significantly increase support for Ukraine in order to avoid paying the much higher costs of a Russian victory.
- A path to peace opens up if the aggressor, Russia, recognizes that the war cannot be won by military means and the continued pursuit of military victory becomes too costly for the regime. Committed Western support will drive up the cost and shift the Kremlin's cost-benefit analysis.

Keywords: Ukraine, Defense, Security policy

- Mit 0,1% des BIP bleibt die durchschnittliche jährliche deutsche Militärunterstützung für die Ukraine im Verhältnis zur Größe der deutschen Wirtschaft klein und ist auch im Vergleich zu früheren deutschen Unterstützungsleistungen in Selbstverteidigungskriegen (z.B. während des ersten Golfkriegs 1990-1991) gering.
- Ein russischer Sieg in der Ukraine würde für Deutschland deutlich höhere Kosten bedeuten durch (i) erhöhte Militärausgaben, (ii) zusätzliche Geflüchtete und (iii) den Verlust von Handel und Investitionen mit der Ukraine. Für Deutschland schätzen wir jährliche Kosten von 1% bis 2% des BIP, etwa 10- bis 20-mal höher als die derzeitigen militärischen Unterstützungsleistungen.
- Angesichts dieser Kosten liegt es im wirtschaftlichen Eigeninteresse Deutschlands, die Unterstützung für die Ukraine aufrechtzuerhalten und sogar deutlich zu erhöhen, um die viel höheren Kosten eines russischen Sieges zu vermeiden.
- Ein Weg zum Frieden eröffnet sich, wenn der Aggressor Russland erkennt, dass der Krieg militärisch nicht zu gewinnen ist und die Verfolgung eines militärischen Sieges für das Regime zu teuer wird. Eine entschlossene westliche Unterstützung wird die Kosten erhöhen und die Kosten-Nutzen-Analyse des Kremls verschieben.

Schlüsselwörter: Ukraine, Verteidigung, Sicherheitspolitik

Johannes Binder
Kiel Institute for the World Economy
Chausseestraße 111
10115 Berlin
johannes.binder@ifw-kiel.de

Moritz Schularick
Kiel Institute for the World Economy
Kiellinie 66
24105 Kiel
president@ifw-kiel.de

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren, nicht beim Institut. Etwaige Kommentare sollten direkt an den entsprechenden Autor gerichtet werden.

Was kostet es, die Ukraine nicht zu unterstützen?

Johannes Binder, Moritz Schularick

1 Zusammenfassung

In den letzten Wochen sind in Deutschland und anderen Ländern politische Stimmen laut geworden, die sich für eine Reduzierung oder ein Ende der militärischen Unterstützung für die Ukraine aussprechen. Die Befürworter argumentieren, dass die für die Militärhilfe bereitgestellten Mittel den Krieg verlängern und stattdessen für inländische Zwecke verwendet werden sollten. Dieser Policy Brief vergleicht die (bisher geringen) Kosten der militärischen Unterstützung für die Ukraine mit den zu erwartenden Kosten, für den Fall, dass die Ukraine nicht weiter unterstützt wird. Das bisherige Niveau der jährlichen deutschen Militärhilfe für die Ukraine entspricht im Durchschnitt etwa 0,1% des deutschen BIP. In unseren Szenarien schätzen wir die Kosten einer Beendigung der Unterstützung für die Ukraine auf 1-2 % des jährlichen BIP in den nächsten fünf Jahren. Die Einstellung der Hilfe für die Ukraine würde somit in den nächsten Jahren zu wirtschaftlichen Kosten für Deutschland führen, die 10- bis 20-mal höher sind als das bisherige durchschnittliche Niveau der militärischen Unterstützung.

Begrenzte wirtschaftliche Belastung durch die derzeitige Militärhilfe. Entgegen populistischen Behauptungen war die gesamte Militärhilfe Deutschlands für die Ukraine seit 2022 aus makroökonomischer Perspektive gering und belief sich auf 10,6 Milliarden Euro oder 0,1 % des deutschen BIP pro Jahr (laut dem Ukraine Support Tracker des Kieler Instituts [1]). Zum Vergleich: Während des Ersten Golfkriegs 1991 stellte Deutschland sechsmal so viel, nämlich 0,6 % des BIP bzw. etwa 4 % des gesamten Bundeshaushalts für die Unterstützung des Krieges bereit. Selbst wenn man die bilaterale humanitäre und finanzielle Hilfe für die Ukraine einbezieht, bleiben die gesamten deutschen Beiträge mit 0,14 % des BIP über den gleichen Zeitraum im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung bescheiden.

Hohe Kosten bei Einstellung der Unterstützung. Die Hauptgründe für die hohen Kosten einer Einstellung der Unterstützung sind: (i) Deutschland müsste einen Zustrom zusätzlicher Geflüchteter bewältigen; (ii) es müsste seine Beiträge zur NATO und zur Sicherheit der baltischen Staaten erheb-

[1] Zugewiesene bilaterale Militärhilfe bis zum 31. August 2024, Source: Trebesch u. a.: 2024: Ukraine Support Tracker, 19th release

lich über das derzeit vorgesehene Maß hinaus erhöhen und (iii) es müsste mit Kosten aufgrund von Handelsunterbrechungen und dem teilweisen Verlust von Investitionen in der Ukraine rechnen. Hinzu kommen indirekte Kosten durch den Verlust der westlichen Abschreckung, die künftige Konflikte in der Welt wahrscheinlicher machen und zu erheblichen Kosten in Form von Handels- und Wachstumsverlusten führen (siehe Federle u. a.: 2024). Insgesamt würde die wirtschaftliche und geopolitische Instabilität, die aus einem russischen Sieg resultieren würde, der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft weitaus höhere Kosten auferlegen als die derzeitige Unterstützung für die Ukraine.

Der Weg zum Frieden. Für das Regime in Moskau besteht erst dann ein Anreiz, ernsthafte Friedensverhandlungen aufzunehmen und die Kampfhandlungen einzustellen, wenn klar ist, dass der Krieg mit militärischen Mitteln nicht gewonnen werden kann und dass Spekulationen über die Erschöpfung der Ukraine oder den Zusammenbruch der westlichen Unterstützung unbegründet sind. Erst wenn die Chancen, den Krieg zu einem akzeptablen Preis zu gewinnen, gegen Null tendieren, hat Russland einen Anreiz, sich auf die Diplomatie einzulassen. Ein glaubwürdiges und robustes Engagement der westlichen Demokratien für die Verteidigung der Ukraine würde dieses Signal aussenden. Mit einer Wirtschaft, die neunmal so groß ist wie die russische, sollte Europa allein in der Lage sein, eine solche Abschreckungsstrategie umzusetzen, wenn es die Steigerung der Rüstungsproduktion ernsthaft angeht und den politischen Willen und die intellektuelle Haltung aufbringt, ein geopolitischer Akteur zu werden. Im Falle eines Wahlsieges von Trump wäre die Dringlichkeit dazu noch größer.

2 Deutsche und internationale Hilfe für die Ukraine im Kontext

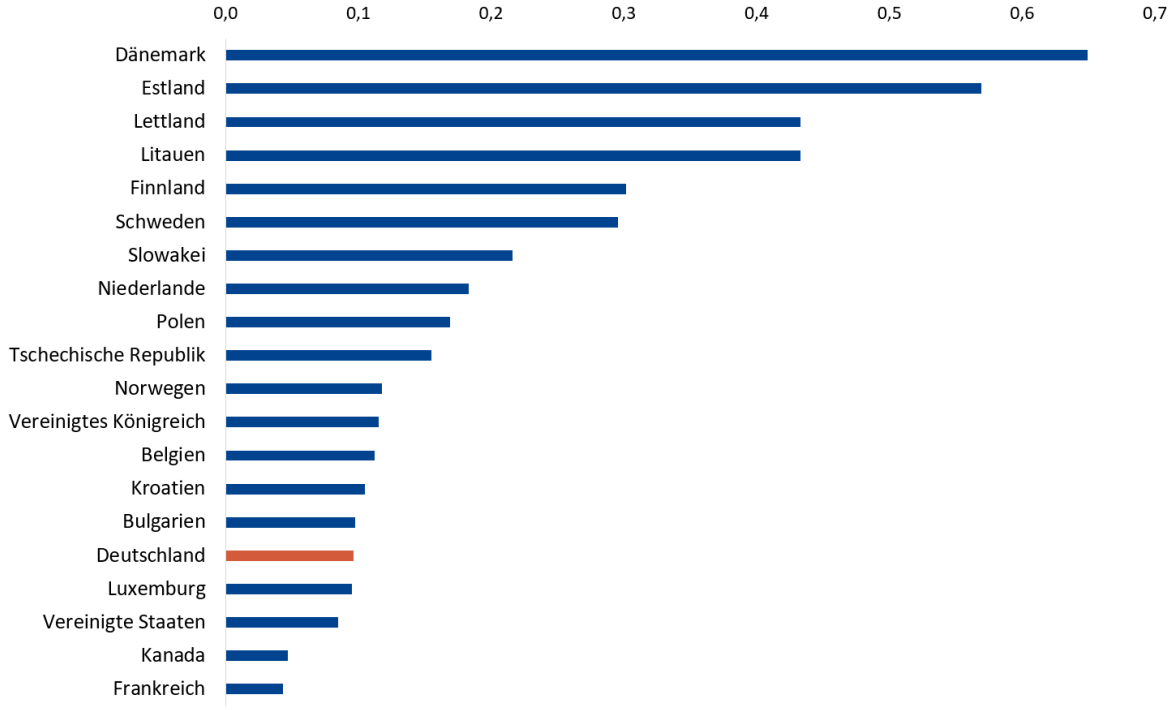
Die deutsche Militärhilfe für die Ukraine ist im Vergleich zur Wirtschaftskraft des Landes nach wie vor gering. Seit 2022 hat Deutschland insgesamt rund 10,6 Milliarden Euro an Militärhilfe bereitgestellt[2], was etwa 0,1% des kumulierten BIP in diesem Zeitraum entspricht[3]. Mehrere europäische Länder, darunter Dänemark (0,65%), Estland (0,57%) und Lettland (0,43%), haben einen wesentlich größeren Anteil ihrer Wirtschaftsleistung für die militärische Unterstützung der Ukraine aufgewendet, womit Deutschland laut dem Ukraine Support Tracker des Instituts für Weltwirtschaft auf Rang 16 liegt (Abbildung 1). Auch wenn man zusätzlich zur militärischen Unterstützung andere Formen der bilateralen Hilfe für die Ukraine berücksichtigt, wie etwa humanitäre und finanzielle Beiträge, liegen

[2]Die deutsche Regierung hat für 2024 Militärhilfe in Höhe von 7,1 Milliarden Euro angekündigt (https://www.bundesregierung.de/breg-en/news/chancellor-zelensky-security-agreement-2260300). Wir berücksichtigen die zugewiesene bilaterale Militärhilfe, wie sie im Ukraine Support Tracker verzeichnet ist. Es können Unterschiede auftreten, da Teile des angekündigten Betrags als finanzielle Unterstützung für andere Länder dient oder noch nicht zugewiesen oder budgetiert wurde.

[3]Wir berechnen das Verhältnis zum aufsummierten BIP der Jahre 2022, 2023 und (anteilig) 2024, auf Basis des World Economic Outlooks des IWF, Oktober 2024

Deutschlands kumulierte bilaterale[4] Hilfsleistungen im Verhältnis zum BIP des selben Zeitraumes (0,14%) hinter denen von Ländern wie Kanada (0,15%), dem Vereinigten Königreich (0,17%) oder Polen (0,24%) und vielen anderen zurück.

Abbildung 1: Kumlierte bilaterale Militärunterstützung in % des BIP der Geberländer



Quelle: Ukraine Support Tracker (2024)

Der Umfang der deutschen Militärhilfe für die Ukraine liegt weit unter den historischen militärischen Verpflichtungen. Während des ersten Golfkriegs stellte Deutschland in einem einzigen Jahr 0,6 % seines BIP für die Unterstützung der internationalen Koalition bereit. Damals entsprach dieser Betrag mehr als 4 % des deutschen Bundeshaushalts, was die Fähigkeit der Regierung unterstreicht, entschieden auf globale Sicherheitsbedrohungen zu reagieren, wenn der politische Wille vorhanden ist. Der Krieg in der Ukraine liegt geografisch viel näher, hat stärkere sicherheitspolitische Auswirkungen auf Europa und sein Ausgang hängt entscheidend von internationaler Unterstützung ab. Dennoch erreicht die deutsche militärische Unterstützung für die Ukraine im Durchschnitt jedes Jahr kaum ein Sechstel des deutschen Beitrags während des Ersten Golfkriegs.

[4]Selbst wenn man den Anteil an der multilateralen Unterstützung über europäische Institutionen (Rat, Kommission und Europäische Investitionsbank) mit einbezieht, erreicht Deutschland nur etwa 0,23% des BIPs seit Beginn des Krieges.

Das geringe Ausmaß der Ukrainehilfe wird noch deutlicher, wenn man sie mit der Bereitschaft der Regierung vergleicht, beträchtliche Summen für inländische Sektoren und Maßnahmen mit geringem öffentlichen Nutzen bereitzustellen. Der Steuervorteil für Dieselkraftstoff ("Dieselprivileg") beispielsweise verringert die Steuereinnahmen um schätzungsweise 9,6 Mrd. € pro Jahr (Plötz u. a.: 2024). Die laufenden Subventionen für Firmenwagen mit Verbrennungsmotor (13,7 Mrd. € , Dalder, Pearce-Higgins und Harland (2024)) übersteigen jedes Jahr die gesamte deutsche Militärhilfe für die Ukraine seit Beginn der russischen Invasion.

3 Die Kosten eines russischen Sieges

Die Kosten der Unterstützung der Ukraine müssen gegen die Kosten abgewogen werden, die entstehen, wenn Russland einen militärischen Sieg erringt. Wir nehmen an, dass ein Ende der westlichen Unterstützung für die Ukraine zu einem russischen militärischen Sieg führen würde, bei dem Russland die Bedingungen eines Waffenstillstands diktieren kann, was zur Besetzung weiterer Gebiete und zur Einsetzung einer Marionettenregierung in Kiew führen würde. Damit würde die Ukraine in den russischen Einflussbereich geraten und die Hoffnungen auf einen EU-Beitritt und eine Westorientierung zunichte gemacht. Es ist klar, dass der Konflikt in diesem Fall nicht zwangsläufig so verlaufen muss; die Stärke des ukrainischen Militärs hat Beobachter wiederholt überrascht. Allerdings muss man auch sehen, dass extremere Ergebnisse wie eine vollständige Annexion großer Teile der Ukraine der russischen Propaganda entsprechen würden. In einem solchen Szenario würden die hier berechneten Kosten wahrscheinlich eine Untergrenze darstellen. Im Folgenden werden die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Kosten eines russischen Sieges skizziert.

Erhöhte Militärausgaben. Ein siegreiches, revisionistisches Russland, das durch militärische Erfolge ermutigt wird, würde eine direkte Bedrohung für die europäische Sicherheit darstellen, insbesondere in anfälligen Regionen wie der Suwałki-Lücke. Dieser Landkorridor zwischen Kaliningrad und Weißrussland könnte, wenn er von Russland ausgenutzt wird, die baltischen Staaten (Estland, Lettland und Litauen) vom übrigen Europa isolieren. Um dies zu verhindern, müssten die NATO und die Europäische Union ihre konventionellen militärischen Fähigkeiten erheblich aufstocken. Deutschlands künftige Verteidigungsstrategie würde umfangreiche Investitionen in Panzer, Luftverteidigungssysteme (wie IRIS-T), maritime Verteidigungssysteme, unbemannte Luftfahrzeuge (UAVs), elektronische Abwehrmaßnahmen, Cyber-Verteidigungssysteme und eigene Hyperschallraketensysteme zur Abschreckung erfordern. Der notwendige Anstieg der Militärausgaben aufgrund einer direkten rus-

sischen Bedrohung wird auf 0,5 % bis 1 % des deutschen BIP pro Jahr geschätzt[5] und übertrifft damit bei weitem die derzeitige Militärhilfe für die Ukraine. Für unser Basisszenario gehen wir vom niedrigeren Wert aus.

Zusätzliche Geflüchtete. Ein russischer Sieg würde wahrscheinlich eine massive Zwangsmigration von Ukrainern auslösen. Derzeit leben etwa 31 Millionen Menschen in den von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebieten. Ausgehend von den geschätzten Anteilen der vertriebenen Bevölkerung in den von Russland besetzten Regionen, die zwischen 37 % (Oblast Donezk) und 67 % (Oblast Cherson) liegen, könnten zwischen 9,4 und 19,1 Millionen Ukrainer im Ausland Zuflucht suchen (Düvell: 2024). Das Ausmaß dieser Migrationsbewegung wäre in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs beispiellos. Unter der Annahme, dass die derzeitigen Migrationsmuster anhalten, könnten etwa 20 % (1,9 bis 3,8 Millionen) nach Deutschland einwandern. Der Zustrom von Geflüchteten würde erhebliche Kosten für die soziale Infrastruktur Deutschlands verursachen, einschließlich Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Bildung. Für unser Basisszenario nehmen wir die niedrigere Grenze von 1,9 Millionen zusätzlichen Geflüchteten an. Ausgehend von den OECD-Schätzungen zu den Kosten für die Aufnahme Geflüchteter[6] würden die zusätzlichen Geflüchteten die Kosten um bis zu 24 Mrd. € (49 Mrd. im Negativzenario) pro Jahr oder 0,57% (1,14 %) des BIP erhöhen, wobei die Kosten mit der Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt allmählich sinken würden[7].

Verlust von Handel und Investitionen. Ein Sieg Russlands und der damit verbundene Übergang der Ukraine in den russischen Einflussbereich würde den Handel zwischen der Ukraine und dem Westen stark einschränken und zu einem Verlust deutscher ausländischer Direktinvestitionen führen. Dies könnte zu einem Rückgang der deutschen Exporte um 7 Milliarden Euro führen (Destatis: 2024a). Ebenso müsste ein erheblicher Teil der deutschen Direktinvestitionen in der Ukraine in Höhe von rund 2 Milliarden Euro wahrscheinlich abgeschrieben werden (Destatis: 2024b). Der Verlust der Investitionen wäre ein einmaliges Ereignis. Wir gehen davon aus, dass der dauerhafte Handelsstopp zu einem BIP-Verlust von einem Drittel des Exportwerts führen würde, bevor der Handel vollständig umgeleitet wird. Die Verluste bei Handel und Investitionen summieren sich somit auf einen einmali-

[5] Wir gehen von zusätzlichen Kosten vor allem in 4 Kategorien aus: 1) Entsendung von zusätzlichen Brigaden in die baltischen Staaten, 2) Ausbau der maritimen Verteidigungskapazitäten in der Ostsee, 3) Investitionen in und Aufrüstung von Luftverteidigungssytemen und abschreckenden Hyperschallraketen, 4) Entwicklung und Bereitstellung von elektronischen Gegenmaßnahmen, UAVs und Cybersicherheit.

[6] OECD *International Migration Outlook 2022*: 12.784 € pro Geflüchteten im Jahr 2024

[7] Bislang verläuft die Integration langsam: 2,5 Jahre nach Kriegsbeginn sind etwa 18 % der ukrainischen Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Wir rechnen mit einer Integrationsrate von 10 % pro Jahr, obwohl ein zusätzlicher Zustrom in großem Umfang wahrscheinlich zu einer Überlastung der Sprachkursen, der Verwaltung usw. führen würde, was die Integrationsgeschwindigkeit verringern und die Kosten erhöhen würde.

gen Verlust von weniger als 0,1% des BIP im ersten Jahr, wobei wir dies als Untergrenze betrachten, da die Handelsanpassungen wahrscheinlich mehr Zeit in Anspruch nehmen würden.

Verlust der Abschreckung. Die geopolitischen Folgen eines russischen Sieges würden weit über Europa hinausreichen. Eine erfolgreiche russische Invasion in der Ukraine würde anderen Ländern signalisieren, dass militärische Aggression eine erfolgreiche Strategie sein kann. Dies würde die Norm der friedlichen Konfliktlösung untergraben und die Häufigkeit internationaler Konflikte erhöhen, was die globale Ordnung weiter destabilisieren würde. Ein russischer Sieg würde jedoch nicht nur das Beispiel und die Strategie für eine erfolgreiche militärische Aggression liefern, sondern auch die Mittel. Mit seiner auf die Produktion von Waffen und militärischen Ausrüstungsgütern ausgerichteten Kriegswirtschaft würde Russland wahrscheinlich zum Waffenarsenal von Kriegsherren und Diktatoren aus aller Welt werden, da es versuchen würde, seine Exporte zu steigern und die globale Stabilität zu untergraben, um den Westen zu schwächen. Eine Welt, in der Nordkorea, der Iran, die Huthi-Rebellen und ähnliche Gruppen leichten Zugang zu billigen Panzern und Raketen haben, macht die Welt vielleicht multipolarer, aber mit Sicherheit nicht sicherer. Und militärische Konflikte im Golf von Aden, im Nahen Osten oder in Taiwan hätten schwerwiegende Folgen für die Weltwirtschaft.

Wir berechnen nicht, wie sich die Wahrscheinlichkeit von Konflikten exakt verändert, aber die dadurch zu erwartenden wirtschaftlichen Kosten können sehr hoch ausfallen, selbst für Länder, die nicht direkt betroffen sind, wie Federle u. a. (2024) zeigen. Für den Ukraine-Krieg schätzen sie den BIP-Verlust für Deutschland auf 14 bis 18 Milliarden Euro über einen Zeitraum von fünf Jahren. Ein Anstieg der Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen China und Taiwan um 10% würde zu einem erwarteten Verlust von 0,5% des BIP in Deutschland führen[8], wenn der Westen die Handelsbeziehungen zu China als Reaktion auf eine chinesische Invasion abbricht. Der Verlust der Versorgung der Welt mit taiwanesischen Halbleitern könnte sogar noch kostspieliger sein.

Tabelle 1 zeigt, dass die aufsummierten Kosten der erhöhten Militärausgaben, der Flüchtlingsbewältigung, der Investitionsverluste und der Handelsunterbrechung jedes Jahr zwischen 0,9% und 1,2% des deutschen BIP liegen. Wir sehen diese Werte als Untergrenze an, die Kosten im Negativszenario könnten leicht 1,5% bis 2% pro Jahr erreichen. Über einen Zeitraum von fünf Jahren wären diese Kosten 10- bis 20-mal höher als die jährlichen finanziellen Aufwendungen für die Militärhilfe

[8]Wir gehen davon aus, dass eine chinesische Invasion Taiwans zu einem Handelsstopp zwischen dem Westen und China führen würde, ähnlich zu den Wirtschaftssanktionen, die nach der Invasion Russlands in der Ukraine im Jahr 2022 verhängt wurden. Basierend auf dem Szenario einer harten Abkopplung von Baqaee u. a.: 2024, würde dies im ersten Jahr zu einem Verlust von 5% des BIP führen und der im Laufe der Zeit auf 1,26% pro Jahr sinkt.

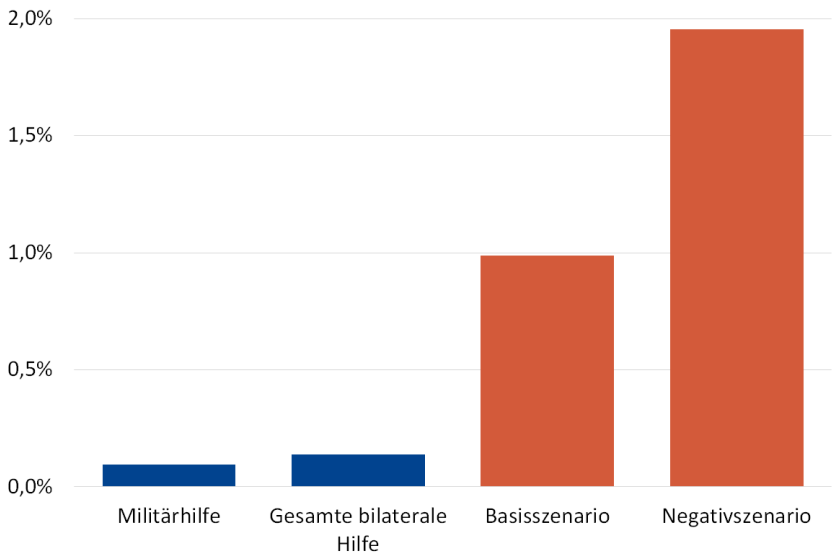
an die Ukraine. Die zusätzlich zu erwartenden höheren Kosten durch das Scheitern der globalen Abschreckung und weltweit höhere Konfliktrisiken sind dabei nicht enthalten.
Abbildung 2 stellt die durchschnittliche bilaterale Unterstützung (militärisch und gesamt) der Ukraine den zu erwartenden Kosten für Deutschland im Basis- und Negativszenario gegenüber.

Tabelle 1: Geschätzte Kosten für Deutschland im Falle eines russischen Sieges in Prozent des BIP

Kosten Basisszenario	Jahr 1	Jahr 2	Jahr 3	Jahr 4	Jahr 5
Zusätzliche Militärausgaben	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%	0,5%
Zusätzliche Geflüchtete	0,57%	0,51%	0,46%	0,42%	0,37%
Handel und Investitionen	0,1%				
Summe	1,17%	1,01%	0,96%	0,92%	0,85%

Kosten Negativszenario	Jahr 1	Jahr 2	Jahr 3	Jahr 4	Jahr 5
Zusätzliche Militärausgaben	1%	1%	1%	1%	1%
Zusätzliche Geflüchtete	1,14%	1,03%	0,92%	0,83%	0,75%
Handel und Investitionen	0,1%				
Summe	2,24%	2,03%	1,92%	1,83%	1,75%

Abbildung 2: Bilaterale Unterstützung und Kosten der Szenarien in Prozent des BIP



Anmerkungen: Blau: Durchschnittliche jährliche Hilfe nach Ukraine Support Tracker (2024),
Rot: 5-Jahres-Durchschnitt der Kosten im Basis- und Negativszenario

4 Der Weg zum Frieden: Spieltheorie und glaubwürdige Abschreckung

In der Zeit des Kalten Krieges beschäftigten sich Wissenschaftler intensiv mit internationalen Konflikten und deren Lösung. Einer der wichtigsten Beiträge der Wirtschaftswissenschaften zu dieser Debatte war die Anwendung der Spieltheorie auf die internationalen Beziehungen in Form der Theorie der rationalen Abschreckung. Im Kern geht die Abschreckungstheorie davon aus, dass die Entscheidungen eines Gegners von einer rationalen Kosten-Nutzen-Analyse geprägt sind und dass eine Veränderung des gegnerischen Kalküls durch Erhöhung der Kosten einer Aggression und Verringerung der Erfolgschancen die Anreize für eine gewaltfreie Konfliktlösung setzt (Schelling: 1966)[9].

Die Anwendung der Spieltheorie auf den Konflikt in der Ukraine zeigt, dass der Weg zum Frieden in der glaubwürdigen Abschreckung liegt, einem strategischen Instrument zur Beeinflussung des Verhaltens des Gegners. Ein Anreiz für Russland, sich ernsthaft auf sinnvolle Friedensverhandlungen einzulassen, entsteht dann, wenn deutlich wird, dass das Ziel eines militärischen Sieges sowohl kostspielig als auch unerreichbar ist. Eine Änderung des Kosten-Nutzen-Kalküls für Putin wird ihn von weiteren Aggressionen abhalten und letztlich an den Verhandlungstisch zwingen.

Diese Abschreckung kann jedoch nur durch eine glaubwürdige und anhaltende Unterstützung der Ukraine durch die westlichen Demokratien erreicht werden, die sicherstellt, dass die Kosten einer fortgesetzten Aggression mit der Zeit steigen. Eine solche Unterstützung muss vor allem in Form von Militärhilfe erfolgen, könnte aber auch durch strengere und umfassendere Wirtschaftssanktionen unterstützt werden.

Eine geschlossene Front der Europäischen Union und anderer westlicher Demokratien verstärkt die Glaubwürdigkeit dieser Abschreckung und macht deutlich, dass Russlands strategische Ziele nicht durch die Fortsetzung militärischer Konflikte erreicht werden können. Populistische Behauptungen, die Einstellung der Militärhilfe würde ernsthafte Friedensgespräche ermöglichen, sind irreführend. Dadurch würden die Kosten für weitere russische Aggressionen sinken und ihre Erfolgschancen steigen, was wahrscheinlich zu einer weiteren Eskalation führen würde.

Wie glaubwürdig kann die europäische Abschreckung sein? Die wirtschaftlichen und technologischen Kapazitäten Europas übertreffen die von Russland bei weitem. Die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union ist neunmal größer als die russische, und ihre Industrieproduktion ist fünfmal größer (siehe Tabelle 2). Selbst ohne die Unterstützung der USA würden die militärischen Fähig-

[9] Die Behauptung, dass politische Führer rational handeln, mag seltsam klingen, wenn man bedenkt, dass Diktatoren kein Problem damit zu haben scheinen, ihre eigene Bevölkerung zum Sterben auf die Schlachtfelder zu schicken und Blutvergießen und Zerstörung zu verursachen. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass persönliche Kosten und Vorteile von denen der Öffentlichkeit abweichen können, insbesondere bei Diktatoren, die von den Bürgern in freien Wahlen nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

keiten Europas ausreichen, um eine weitere russische Aggression abzuwehren, wenn sie mobilisiert würden. Die derzeit am wenigsten verfügbare Ressource ist der politische Wille. Es bedarf einer politischen Führung, um das enorme wirtschaftliche und militärische Potenzial Europas zu mobilisieren und Russland zu zeigen, dass ein fortgesetzter Konflikt ein aussichtsloses Unterfangen ist.

Tabelle 2: Wirtschaftskraft: EU und Russland im Vergleich

Indikator	EU	Russland	Verhältnis
BIP (Billionen USD, 2022)	18,977	2,056	9,1
Industrieproduktion (Wertschöpfung, Billionen USD, 2022)	3,931	0,735	5,4
Stahlerzeugung(Milliarden Tonnen, 2023)	195	86	2,3

Source: World Bank, Global Energy Monitor

Ein wichtiger Aspekt in Russlands Kosten-Nutzen-Rechnung sind seine Erwartungen hinsichtlich des politischen Willens und des Engagements westlicher Staaten, der Ukraine langfristige Hilfe zukommen zu lassen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich der Westen glaubwürdig zu einer umfassenden und robusten Unterstützung verpflichtet. Jede Verzögerung, Reduzierung oder Einschränkung der Militärhilfe würde Russland signalisieren, dass die Unterstützung des Westens überdauert werden kann und dass sich der Krieg für den Aggressor letztendlich auszahlen wird.

Indem die westlichen Demokratien die Prinzipien der Abschreckung konsequent einhalten, können sie Russland klarmachen, dass der Konflikt militärisch nicht zu gewinnen ist, und so die Voraussetzungen für Friedensverhandlungen schaffen. Eine deutliche Erhöhung der militärischen Unterstützung, zusammen mit glaubwürdigen Zusagen, diese fortzusetzen und auszuweiten, würde der Ukraine nicht nur kurzfristig militärisch helfen, sondern auch ein starkes Signal an Russland senden, dass die Kosten für die Fortsetzung des Krieges – sei es in Form von militärischen Verlusten, Wirtschaftssanktionen oder internationaler Isolation – weiter steigen werden. Letztendlich wird mehr und nicht weniger militärische Unterstützung für die Ukraine den Krieg verkürzen und die richtigen Anreize für vielversprechende, ernsthafte Friedensverhandlungen schaffen.

5 Schlussfolgerung

Die deutsche militärische Unterstützung für die Ukraine liegt nicht nur in unserem politischen und strategischen Interesse. Sie liegt auch im wirtschaftlichen Eigentresse Deutschlands. Die wirtschaftlichen Kosten eines russischen Sieges übersteigen bei Weitem die derzeitigen bescheidenen Beiträge zur Stärkung der Verteidigung der Ukraine. Unseren Schätzungen zufolge könnten die Kosten eines russischen Sieges zehn- bis zwanzigmal höher sein als die jährliche Militärhilfe Deutschlands für die

Ukraine. Aus wirtschaftlicher Sicht wäre es für uns klug, unsere Unterstützung fortzusetzen, oder sogar zu erhöhen. Durch die Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung und die Erhöhung der Militärhilfe kann Deutschland dazu beitragen, den Kreml davon zu überzeugen, dass der Krieg nicht zu akzeptablen Kosten geführt werden kann. Dies würde die Kosten-Nutzen-Analyse des Kremls verändern und den Weg für Friedensverhandlungen ebnen.

Literatur

Baqaee, David u. a. (2024). What if? The effects of a hard decoupling from China on the German economy. Kiel Policy Brief 170. Kiel Institute for the World Economy.

Dalder, Jacob, Robert Pearce-Higgins und Natasha Harland (2024). Company car fossil fuel subsidies in Europe. Environmental Resources Management (ERM).

Destatis (2024a). *Außenhandel nach Ländern: Ukraine*. Via Internet (21.10.2024). `https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/ukraine-xlsx.html`.

— (2024b). *Direktinvestitionsstatistiken. Statistische Fachreihe*. Via Internet (21.10.2024). `https://www.bundesbank.de/resource/blob/804078/410efaf00c81398f84b0238f7afc85c9/mL/0-direktinvestitionen-data.pdf`.

Düvell, Frank (2024). Scenarios of War and Forced Migration from Ukraine: How many more Ukrainians could flee if Russia wins? Prague Process Policy Brief.

Federle, Jonathan u. a. (2024). The price of war. Kiel Policy Brief 171. Kiel Institute for the World Economy.

IMF (2024). *World Economic Outlook Database, October 2024*. Via Internet (25.10.2024). `https://www.imf.org/en/Publications/WEO`.

OECD (2022). *International Migration Outlook 2022*. OECD Publishing.

Plötz, Patrick u. a. (2024). *Quantifizierung der Treibhausgaswirkung von staatlichen Begünstigungen in Deutschland*. Bericht zum Vorhaben Wissenschaftliche Unterstützung Klimapolitik und Maßnahmenprogramm (14-BE-2203).

Schelling, Thomas C (1966). *Arms and influence*. Yale University Press.

Trebesch, Christoph u. a. (2024). The Ukraine Support Tracker: Which countries help Ukraine and how? Kiel Working Paper 2218. Kiel Institute for the World Economy.

IMPRESSUM

Institution und Anschrift:
Kiel Institut für Weltwirtschaft
Kiellinie 66, 24105 Kiel
Telefon: 0431 / 8814 – 1
Telefax: 0431 / 8814 – 500
E-Mail: info@ifw-kiel.de

Standort Berlin:
Kiel Institut für Weltwirtschaft
Chausseestraße 111, 10115 Berlin
Telefon: +30 30830637-5
Email: berlin@ifw-kiel.de

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft — Leibniz Zentrum zur Erforschung globaler ökonomischer Herausforderungen ist eine rechtlich selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Schleswig-Holstein.

Gesetzliche Vertretung:
Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident, Wissenschaftlicher Direktor
Birgit Austen, Geschäftsführende Administrative Direktorin

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:
DE 251899169

Foto:
Titelbild: © Presidential Office of Ukraine

Zuständige Aufsichtsbehörde:
Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein
Jensendamm 5, 24103 Kiel

© 2024 Kiel Institut für Weltwirtschaft.

Alle Rechte vorbehalten.

https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-policy-brief/